

Möllers / van Ooyen

**Jahrbuch
Öffentliche Sicherheit**

2004/2005

Sonderdruck

Verlag für Polizeiwissenschaft

Sonja Hegasy

Demokratie für die arabische Welt – Sicherheit für den Rest der Welt?¹

„Sixty years of Western nations excusing and accommodating the lack of freedom in the Middle East did nothing to make us safe – because in the long run, stability cannot be purchased at the expense of liberty. As long as the Middle East remains a place where freedom does not flourish, it will remain a place of stagnation, resentment, and violence ready for export. And with the spread of weapons that can bring catastrophic harm to our country and to our friends, it would be reckless to accept the status quo.“

(George W. Bush, 6.11.2003)²

„For some world leaders, the Twin Towers were not the only things that collapsed on 9/11. So too did the conception that what took place inside foreign countries was not relevant to international security and peace“³

Was hat Demokratisierung in Nahost mit internationaler, öffentlicher Sicherheit zu tun? Bis vor ein paar Jahren wären diese beiden Themen noch in zwei ganz unterschiedlichen Foren der Politikwissenschaft behandelt worden. Zwar stellte schon das Barcelona-Abkommen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainerstaaten diesen Zusammenhang her, aber die Thematik gewann aus realpolitischen Interessen nicht die Prominenz, die sie heute hat. Die neo-konservative Schule der amerikanischen Außenpolitik sah die Ursachen für die Attentate des 11. Septembers u. a. in den autoritären Regimen des Nahen Ostens. Die Mehrheit der Attentäter vom 11. September kam aus Saudi-Arabien, einem der anti-demokratischsten Staaten der arabischen Welt. Die Demokratisierung der arabischen Welt wurde daher als ein Mittel gegen den Terrorismus der al-Qaida und ihrer Splittergruppen lanciert. Es wurde die These aufgestellt, dass eine Demokratisierung Saudi-Arabiens und anderer autoritärer Länder wie Ägypten ein höheres Maß an internationaler Sicherheit mit sich brächte. Natan Sharansky Bestseller „The Case for Democracy“⁴ formuliert diese Position unter Rückgriff auf die Erfahrungen aus dem Helsinki-Prozess: „Rather than turn a blind eye to the internal policies of others, this new strategy is based on the assumption that the breeding ground for terror is tyranny and that building an open society is the best way to drain the swamp.“⁵

In diesem Sinne verabschiedete der G8-Gipfel am 9. Juni 2004 auf Sea Island auf Initiative der US-Regierung eine *Partnership for Progress and a Common Future with the Region of the Broader Middle East and North Africa* (BMEI). Diese Initiative ist eine abgeschwächte Fassung der *Greater Middle East Initiative* (GMEI), die Anfang 2004 als Arbeitspapier ungewollt an die Öffentlichkeit geriet. Sie wurde von arabischer wie von europäischer Seite stark kritisiert. Aber auch einige amerikanische *think tanks* bewerteten die GMEI kritisch: „The Greater Middle East Initiative: Off to a False Start“ schrieb das Carnegie Endowment for International Peace in Washington, und die International Crisis Group titelte „The Broader Middle East and North Africa Initiative: Imperiled at Birth“. Hauptkritikpunkte waren die Nicht-Abstimmung mit der arabischen Seite, die Ausblendung des zehnjährigen Euro-

1 Ich danke Nicolas Schöneich für Anregungen.
2 Rede vor dem National Endowment for Democracy.
3 Sharansky (2004), S. 19.
4 Sharansky (2004).
5 Sharansky (2004), S. 22.

Mediterranen Partnerschaftsabkommens, die normative Sprache, die Undifferenziertheit und die mangelnde Berücksichtigung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Hosni Mubarak reagierte auf die amerikanische Initiative mit einem ägyptisch-saudisch-syrischen Gegenvorschlag, den er der Arabischen Liga präsentieren wollte, um eine arabische Position zu formulieren. Das Treffen der Liga Ende März 2004 in Tunis wurde jedoch kurzfristig abgesagt, da sich die Teilnehmer gerade nicht auf eine gemeinsame Position zu den amerikanischen Vorschlägen einigen konnten. Ein neu angesetztes Treffen brachte ebenfalls kein konkretes Papier hervor. Auf seiner Europareise äußerte Mubarak immer wieder seinen Widerstand gegen die Pläne der USA und betonte, sie seien nicht akzeptabel, weder für die politischen Führungen noch für die Bevölkerungen des Nahen Ostens. Er verspottete die GMEI als „push-button democracy that would open the door to chaos“⁶.

Während Mubaraks Besuch in den USA im April 2004 würdigte George W. Bush explizit die Konferenz von Alexandria „Arabische Reformprobleme: Vision und Umsetzung“. Hier hatten Vertreter der Zivilgesellschaft ihre Reformempfehlungen vorgestellt. Diese Konferenz wird nun immer wieder als autochthone Alternative zu den amerikanischen Demokratisierungsplänen zitiert. Dabei gab es eine Vielzahl von Intellektuellen, die sich in den ägyptischen Medien kritisch äußerten, die ägyptische Regierung versuche mit dem Treffen in Alexandria nur, den Druck der Amerikaner abzufedern. Die Hoffnung von Vertretern der Zivilgesellschaft, dass Mubarak in seiner Eröffnungsrede als Zeichen seines echten Reformwillens das Ende des seit 1981 herrschenden Ausnahmezustandes bekannt geben würde, erfüllte sich bekanntermaßen nicht. Vielmehr ließ Mubarak Bush wissen, dass die Empfehlungen der Konferenz von Alexandria nicht verpflichtend seien. „They are discussions aimed at laying out proposals for reform that should be discussed in each Arab country, and implemented according to their circumstances, their traditions, environment and culture.“⁷ Als weitere unmissverständliche Reaktion der ägyptischen Seite schlug Mubarak die Einladung der G8 nach Sea Island aus. Ägyptens damaliger Außenminister Ahmed Maher begründete die Entscheidung mit den Worten, die arabische Identität dürfe nicht in einer von außen diktierten Initiative untergehen. Die ägyptische Absage wurde in Washington mit Befremden aufgenommen. Allerdings ist sie nicht verwunderlich, da kurz nach Mubaraks Besuch in den USA Ariel Scharon die schriftliche Zusage bekam, die meisten illegalen Siedlungen im Westjordanland müssten auch im Rahmen einer zukünftigen Vereinbarung mit den Palästinensern nicht geräumt werden. Hinzu kam, dass Hosni Mubarak sich nicht zwingen lassen wollte, die Demokratisierungspläne der USA auf dem G8-Gipfel zu diskutieren.

Heute ist nicht viel vom großen Entwurf dieser Partnerschaft mit der arabischen Welt übrig geblieben. Im Dezember 2004 hielten die arabischen Staaten und die G 8 in Rabat ein gemeinsames Zukunftsforum ab, um einen konkreten Aktions- und Zeitplan abzufassen. Der Aktionsplan unterscheidet sich nicht stark von der klassischen Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise im Rahmen der schon vorhandenen Kooperation der arabischen Welt mit der EU. Wer jedoch eine Zone der Sicherheit und des Wohlstands im Mittelmeerraum aufbauen möchte, die tatsächlich Auswirkungen bis in die großen Slums von Casablanca oder Kairo hat, der muss mehr investieren. Volker Perthes fragt, ob Europa bereit sei, einen echten Marshallplan für die gesamte Region zu finanzieren, der „die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundstrukturen schafft, die ein stabiler Frieden braucht“⁸ und dafür 100 Mrd. Euro bereit zu stellen? Im Vergleich dazu: die neuen amerikanischen Initiativen wie *Middle East Partnership Initiative* (MEPI) und GMEI bzw. BMEI stellen pro Jahr zusammen 150 Mio.

6 Al-Ahram Weekly, 8.-14.4.2004.

7 Al-Ahram Weekly, 15.-21.4.2004.

8 Perthes (2002), S. 957.

US\$ bereit; die EU rund zehn Mrd. Euro für zwei Phasen von fünf Jahren in ihrer Euro-Mediterranen Partnerschaft.

Die Idee einer strategischen Partnerschaft der USA mit dem Nahen Osten geht auf die Zeit unter Bill Clinton zurück. Der damalige amerikanische Botschafter in Israel und heutige Direktor des *Saban Center for Middle East Policy*, Martin Indyk, macht den Hauptfehler seiner eigenen Administration daran fest, dass erst Frieden zwischen Israel und Palästina herrschen sollte, während die interne Politik der israelischen Nachbarstaaten nicht zur Diskussion stand:

„We made a very clear decision to use peace as our engine of change. This meant temporarily setting aside issues such as promoting democracy and political and economic reform. We wanted to bring the Middle East into the twenty-first century through a process of peacemaking. Once peace was achieved, we believed, energies and resources could then be freed up within the region that would enable its governments and peoples to focus on these far more fundamental issues. This is not to say that we ignored promoting democracy – we played with it on the margins. But the decision was to promote peace first.“⁹

Schwerster Fehler – so Indyks überraschende Selbstkritik – sei der Umgang mit den zwei Hauptverbündeten in der Region gewesen, Ägypten und Saudi-Arabien:

„Part of our failure had to do with our willingness to strike a bargain with the key Arab countries – Saudi Arabia and Egypt. [...] Egypt in 1993 was facing a serious challenge from Islamic extremists who were using terrorism to try to destabilize the regime. Saudi Arabia was not facing the same challenge, but the regime was deeply religious and autocratic. We made the judgment that any effort to push it toward democracy would in all likelihood cause instability in a critical part of the Middle East [...]. In both cases, we decided that we should put aside the issue of reform, and instead follow their advice at the time – to pursue peace, which we were of course already predisposed to do. And so we did. What we failed to notice during that period was that the Saudi and Egyptian regimes were, for the sake of their own survival and stability, pursuing policies that in effect helped to create a situation that would hurt us severely on September 11.“¹⁰

Die Bush-Administration hatte nach anfänglichem Desinteresse die Idee einer Demokratisierung der Region zum ersten Mal im November 2002 als MEPI formuliert. In seiner Rede vor dem National Endowment for Democracy am 6. November 2003 stellte George W. Bush die Grundzüge einer Demokratisierung der Region vor:

„Instead of dwelling on past wrongs and blaming others, governments in the Middle East need to confront real problems, and serve the true interests of their nations. The good and capable people of the Middle East all deserve responsible leadership. For too long, many people in that region have been victims and subjects – they deserve to be active citizens. [...] Therefore, the United States has adopted a new policy, a forward strategy of freedom in the Middle East. This strategy requires the same persistence and energy and idealism we have shown before. And it will yield the same results. As in Europe, as in Asia, as in every region in the world, the advance of freedom leads to peace.“¹¹

Das ägyptische Parlament verurteilte die MEPI von Anfang an. Kurz vor dem Irakkrieg erklärte Mustafa al-Fiqi, ehemaliger Diplomat und Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten: „America’s Middle East democratization initiative contradicts its military build-up in this region. Yes, we are in a dire need for more democratization. But we are also more in need of tractors than bulldozers and rockets.“¹² Mona Makram Ebeid, ehemalige Parlamentsabgeordnete und heute Professorin für Politikwissen-

9 Indyk, 9.3.2004.

10 Indyk, 9.3.2004.

11 George W. Bush, 6.11.2003.

12 Al-Ahram Weekly, 6.-12.3.2003.

schaft an der Kairoer Universität, reagierte in der Presse ähnlich: „Diese Initiative hat überhaupt keine Glaubwürdigkeit. Die dahinterliegenden Motive sind zweifelhafter Natur.“ Sie sei ein Versuch der Kontrolle und eine Totgeburt. Warum? Aus folgenden Gründen: 1) Sie sei in einem Kontext entstanden, in dem die Amerikaner versuchen, die ganze Welt zu kontrollieren. 2) Die Initiative ignoriere die Spezifität und die Komplexität der arabischen Realität. 3) Sie sei eine importierte Handlungsanweisung. 4) Sie werde aufgrund der Ereignisse im Irak und in Palästina und aufgrund von Scharons Verhalten offiziell und von den Bevölkerungen zurückgewiesen.¹³

Die *Middle East Partnership Initiative*, *Greater Middle East Initiative* oder die *Partnership for Progress and a Common Future with the Region of the Broader Middle East and North Africa*, wie die Reformprojekte nacheinander getauft wurden, beziehen sich alle auf die Arab Human Development Reports (AHDR). Im Februar 2004 war ein Arbeitspapier für die GMEI in Vorbereitung auf den G8-Gipfel im Juni 2004 von der arabischen Tageszeitung *al-Hayat* veröffentlicht worden. Die zum Teil wörtliche Übernahme der Empfehlungen der ersten beiden AHDR konnte nicht kaschieren, dass es sich hierbei eben nicht um eine Initiative aus der Region handelt. Die Autoren des AHDR um Nader Fergany wollen die Formulierung einer eigenen strategischen Vision arabischer Eliten auslösen, die die Region von innen erneuert – nicht von außen. Die überraschende Vorveröffentlichung in der arabischen Welt war nicht im Sinne der US-Administration. „Diese Initiative wurde ausgesprochen schlecht kommuniziert“, stellt Volker Perthes¹⁴ fest. Der Hauptautor der AHDR, Nader Fergany, wehrte sich heftig gegen die amerikanische Vereinnahmung. Eine Woche nach der Veröffentlichung des Arbeitspapiers beschuldigte er die Bush-Regierung, die AHDR zu missbrauchen. Die Initiative würde sich auf die UN-Berichte stützen wie ein Betrunkener, der sich gegen einen Laternenpfahl lehnt – „nicht um erleuchtet zu werden, sondern um nicht umzufallen.“¹⁵

Die schließlich auf Sea Island verabschiedete *Partnership for Progress and a Common Future with the Region of the Broader Middle East and North Africa* hat eine Reihe der Kritikpunkte aufgenommen. Die Türkei ist nicht mehr Ziel der Initiative, sondern soll als *role model* für die arabische Welt gelten. Auch Israel ist aus der BMEI herausgefallen. Ebenso wurden jetzt die unterschiedlichen Ausgangspositionen der islamischen Länder von Marokko bis Afghanistan berücksichtigt. Aber die regionale Ausdehnung der amerikanischen Initiative bleibt unklar. Die EU erachtet es nicht für sinnvoll, Afghanistan und Pakistan mit in diese Partnerschaft einzubeziehen. Die einzige Gemeinsamkeit mit der arabischen Welt sei die Religion. Gerade das aber könnte Gerüchten Auftrieb leisten, die BMEI sei eine Initiative gegen den Islam, schreibt der Bericht der International Crisis Group. Auch soll die BMEI nach den Reaktionen auf die *al-Hayat*-Veröffentlichung nicht von außen oktroyiert werden, sondern das Produkt gemeinsamer Beratungen sein – das aber ist *ex post* schwierig.

Aus amerikanischer Sicht sollen die Initiativen ähnlich wie im Helsinki-Prozess gemeinsame Foren von Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft schaffen, in denen Menschenrechts-, Bürgerrechts- und Sicherheitsstandards geschaffen werden. Geschichte solle sich wiederholen – das Böse ist nicht mehr der Kommunismus, sondern der militante Islamismus. Nur gibt es bisher keine Anreize für die autoritären Regime des Nahen Ostens, an diesem Dialog teilzunehmen, wie es sie damals für die Staaten der Sowjetunion gab. Welchen sicherheitspolitischen Mehrwert werden diese Dialogforen für die arabischen Regime haben? Sicherlich käme hier eine gemeinsame Terrorismusbekämpfung in Frage. Interesse, Sicher-

13 Al-Hayat, 11.4.2003.

14 Perthes (2004b), S. 21.

15 Al-Hayat, 19.2.2004.

heitskooperationen zu diskutieren, gäbe es aus Sicht der arabischen Regime in erster Linie, wenn sich die USA wieder als neutraler Vermittler im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina etablieren.

Die ramponierte Glaubwürdigkeit der USA ist eines der Hauptprobleme für ihre Politik in der Region. „[Es] ist kaum anzunehmen, dass westliche Reformforderungen an einzelne Regierungen in einer Region, die so sehr ins Zentrum des internationalen Interesses gerückt ist wie der Nahe und Mittlere Osten, in der Praxis nicht weiterhin von geopolitischen Nützlichkeitsabwägungen limitiert werden. Die internationale Hofierung des libyschen Regimes, das mit seiner Entscheidung, Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen aufzugeben, ja nicht eigentlich zu einem Modellfall der Demokratisierung geworden ist, unterstreicht dies sehr deutlich.“¹⁶

Der ägyptische Publizist Hasan Nafa'a stellte im August 2003 „Fragen über die Zukunft des politischen Liberalismus nach dem Irak-Krieg“. Beginnend mit einem historischen Exkurs über die ökonomischen Voraussetzungen der Liberalisierung in Europa (Marshall-Plan etc.), kam er zu dem Schluss, die Arroganz der USA habe dazu geführt, dass die amerikanischen Eliten glaubten, ihr Modell sei das einzig praktikable. Die USA seien zwar eine Demokratie, aber sie missachteten internationales Recht. Gerade letzteres hält Nafa'a für bedrohlich, denn diese Position teile die Welt in zwei Hälften: in der einen vereinten sich die Demokratien (darunter auch Israel), die ihre Probleme miteinander über das internationale Recht lösten, und in der anderen undemokratische Regime. Probleme mit ihnen würden mit dem „Gesetz der Gewalt“ gelöst. Das führe nebenbei auch die Behauptung *ad absurdum*, dass nicht gewählte Regierungen ein höheres Sicherheitsrisiko für den Weltfrieden darstellen als gewählte.

Demokratisierungsbestrebungen hat es in der arabischen Welt schon lange vor dem 11. September 2001 gegeben. Akteure, die sich der Demokratisierung des Nahen Ostens verschrieben haben, gibt es bereits in einigen Ländern seit Anfang bzw. in anderen seit Mitte des 20. Jahrhunderts. Zunächst kamen sie im Gewand der sozialistischen Panarabisten daher. Doch eine tiefgreifende Demokratisierung setzten sie nicht in Gang. Ihre Gesellschaften erstarrten schnell in einem autoritären Sozialismus. In den siebziger Jahren operierten die Demokraten in vielen Ländern in der legalen und illegalen Opposition. Viele von ihnen saßen für diese Aktivitäten mehrere Jahre im Gefängnis. Im Rahmen von Öffnungsprozessen, die ab Mitte der achtziger Jahre in fast allen arabischen Ländern zu beobachten waren, engagierten sich die selben Gruppen hauptsächlich in lokalen Nichtregierungsorganisationen oder bauten eine unabhängige Presse auf.

Diese Akteure in der heutigen Diskussion um Demokratie und Sicherheit zu ignorieren oder zu diskreditieren, ist ein fataler Fehler amerikanischer Außenpolitik, sollte die Demokratisierung der Region ein seriöses Fernziel sein und Sicherheit mit sich bringen. Die staatlichen Reformen, die wir in den letzten Jahren in der arabischen Welt gesehen haben, wirken zunächst systemstabilisierend, indem sie radikalen, auf Umsturz abzielenden Bewegungen kurzfristig den rhetorischen Wind aus den Segeln nehmen. Sie können aber langfristig als Schritte zur Demokratisierung gewertet werden, da sie immer auch zur Verankerung demokratischer Werte beitragen. Abdo Baaklini, Guilain Denoeux und Robert Springborg haben 1999 mit ihrem Buch „Legislative Politics in the Arab World. The resurgence of Democratic Institutions“ einen analytischen Rahmen für die Untersuchung staatlich gelenkter Demokratisierung vorgelegt. Sie kommen zu der Schlussfolgerung, dass „verhandelte Transformationen in Richtung Demokratie“ in der arabischen Welt bislang übersehen werden, aufgrund ihrer graduellen Natur und weil sie im Vergleich zu den schnellen Transformationen in Osteuropa

16 Perthes (2004b), S. 23.

und Lateinamerika verblissen. Die Autoren identifizieren fünf Charakteristika der „Verhandelten Transformation“: Erstens kämen die Reformen von oben, sodass das Regime Ausmaß und Tempo diktieren könne. Das führe dazu, dass der Prozess sehr langsam sei. Zweitens gebe es immer wieder Rückschläge, aber auch Fortschritte in Richtung einer demokratischeren Gesellschaft. Drittens mache das Regime eine substantielle Anstrengung, der moderaten Opposition größeres Gewicht zu geben. Viertens initiierten die autoritären Eliten diesen Prozess, um an der Macht zu bleiben und ihre Legitimität zu erneuern, nicht um zu demokratisieren. Fünftens würden die Liberalisierungsschritte von oben von der Opposition, der öffentlichen Meinung und externen Beobachtern mit großer Skepsis betrachtet. „Although they are frequently derided as face-lifts for authoritarian regimes, the negotiated transitions currently under way in much of the Arab world have the potential to eventuate in genuine democracies.“¹⁷ Abschließend beurteilen die Autoren die staatlich gelenkten Reformen positiv. „Arab legislatures are beginning to take on characteristics reminiscent of the parliaments of Britain and other European countries in the early stages of those countries’ democratization process.“¹⁸

In jedem Fall sollte man den Zeithorizont dieser Prozesse nicht vergessen. Die Demokratisierung des Nahen Ostens – und damit auch die Herstellung internationaler, öffentlicher Sicherheit – kann nicht in Legislaturperioden bemessen werden, sondern nur in Generationen. Zwei Jahre nach Beginn des Irak-Kriegs werden überall in der arabischen Welt Stimmen laut¹⁹, die betonen, dass die Demokratisierung Marokkos, Ägyptens, des Libanons, der Golfmonarchien oder auch des Iraks auch ohne Krieg möglich gewesen wäre. Gerade diese Länder sind derart von den USA abhängig, dass eine echte Konditionalität von Entwicklungshilfe, Krediten sowie des amerikanischen guten Willens tiefgreifende Reformen hätte auslösen können. Angesichts einer sich täglich verschlechternden Sicherheitslage im Irak und damit auch zunehmender Handlungsfreiheit für terroristische Gruppen jedweder Provenienz hat der Irak-Krieg von 2003 weder Demokratie für die arabische Welt noch Sicherheit für den Rest der Welt mit sich gebracht.

Literatur:

- Baaklini, Abdo / Denoëux, Guilain / Springborg, Robert (1999): *Legislative Politics in the Arab World. The Resurgence of Democratic Institutions*. Boulder: Lynne Rienner.
- Bush, George Walker (2003): *President Bush Discusses Freedom in Iraq and Middle East. Remarks by the President at the 20th Anniversary of the National Endowment for Democracy*. www.ned.org/events/anniversary/oct1603-Bush.html. (download 31.3.2005).
- Carothers, Thomas; Ottaway, Marina (2004): *The Greater Middle East Initiative: Off to a False Start*. Policy Brief 29. Washington: Carnegie Endowment.
- Hegasy, Sonja: *Demokratisierung in Ägypten*. In: Henner Fürtig (Hg.): *Der Irakkrieg, Katalysator für die Demokratisierung des Nahen Ostens?* DOI-Focus Nr. 11: November 2003.
- Indyk, Martin (2004): *Transformation in the Middle East*. American Academy 9. März 2004, Typoskript.
- International Crisis Group (2004): *The Broader Middle East and North Africa Initiative: Imperiled at Birth*. Middle East and North Africa Briefing. Brüssel/Amman: 7. Juni 2004.
- Khoury, Rami (2005): *Democracy from America? An Arab’s advice*. <http://www.opendemocracy.net/content/articles/PDF/2397.pdf?redirect2=/debates/article-2-46-2397.jsp> (download 4.5.2005).
- Liotta, P.H.; Miskel, James F. (2004): *Dangerous Democracy? American Internationalism and the Greater Near East*. In: *Orbis*, summer 2004. 437-449.
- Perthes, Volker (2002): *Marshallplan für Nahost. Sechs Empfehlungen für europäische und amerikanische Politik*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Vol. 47, 954-962.
- Perthes, Volker (2004a): *Europa und Amerikas >Greater Middle East<*. SWP-Aktuell 5, Februar 2004.

17 Baaklini/Denoëux/Springborg (1999), S. 44.

18 Dies., S. 45.

19 UNDP (2005), Khouri (2005).

Perthes, Volker (2004b): Bewegung im Mittleren Osten. Internationale Geopolitik und regionale Dynamik nach dem Irak-Krieg. SWP-Studie 32, September 2004.
Powell, Colin L. (2004): A Strategy of Partnerships. In: Foreign Affairs, Jan./Feb. 2004, 22-34.
Sharansky, Natan (2004): The Case for Democracy. The Power of Freedom to Overcome Tyranny & Terror. New York: Public Affairs. (with Ron Dermer).
UNDP (2005): Arabischer Bericht über die Menschliche Entwicklung 2004. Dt. Kurzfassung der DGVN.

Zeitungen:

Brzezinski, Zbigniew: How not to Spread Democracy. Bush's Greater Middle East Initiative. International Herald Tribune 9.3.2004.
Daoud, Khaled: Between Friends. Al-Ahram Weekly 15.-21.4.2004.
El-Din, Gamal Essam: No Picnic at the Ranch. Al-Ahram Weekly 8.-14.4.2004.
Hegasy, Sonja: Einfache Antworten. Die Arabischen Berichte über die Menschliche Entwicklung. Frankfurter Rundschau 9.6.2004.
Müller, Tim B.: Außenpolitik als missionarischer Trip. Süddeutsche Zeitung 3.11.2004.
Nye, Joseph S.: Demokratie für die arabische Welt. Süddeutsche Zeitung 27.11.2004.